Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtsblatt

Tageblatt für Hohndorf, Wüstenbrand, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Mülsen St. Niclas, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Kuhschnappel und Tirschheim

Amtsblatt für das **Kgl. Amtsgericht** und den **Stadtrat** zu **Lichtenstein**

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

64 Jahrgang.

Nr. 48 — Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk — **Freitag, den 27. Februar** — Haupt-Insertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk — **1914**

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Dresdner Straße Nr. 55, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfgespaltene Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfg. berechnet. Reklamezeile 30 Pfg. Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfg. Inseraten-Annahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. Telegramm-Adresse: Tageblatt. Fernsprech-Anschluß Nr. 7.

Bürgerschule zu Lichtenstein.

Die Eltern, welche in der Bürgerschule Kinder für Ostern 1914 anmeldeten, sind gebeten, die „Vertraulichen Mitteilungen" bis **1. März** beim Unterzeichneten abzugeben.

Lichtenstein, den 26. März 1914. **Dr. Hüttig.**

Die Stadt-Bibliothek Lichtenstein

ist geöffnet Sonntags von 11—12 Uhr, Mittwochs von 12—1 Uhr.

Katalog 20 Pfg.

Das Wichtigste.

* Die Regierung hat eine umfängliche Denkschrift über die Radiumfrage in Sachsen fertiggestellt.

* Im Reichstage äußerte sich der Präsident im Reichseisenbahnamt Wackerzapp über die preußisch-sächsischen Verkehrsbeziehungen.

* In den Redaktionen polnischer Zeitungen in Posen fand eine polizeiliche Haussuchung statt.

* Die albanische Königsdeputation hat sich von Leipzig nach Wien begeben. Der Prinz zu Wied ist nach Petersburg abgereist, um sich dort dem Zaren vorzustellen.

* Essad-Pascha wird heute vom Kaiser Franz Joseph in besonderer Audienz empfangen werden.

* Das Landgericht Elberfeld beschloß die Wiederaufnahme des Mordprozesses Hamm.

* In Reval (Esthland) wurden sechs Soldaten, die Bäckerdienste versahen, durch Kohlendunst erstickt.

* Bei einer Brandpanik im Theater zu Salerno (Süditalien) verloren sieben Menschen ihr Leben; viele wurden schwer verletzt.

* In ganz Spanien wurden durch Stürme große Verheerungen angerichtet.

* Der mexikanische General Villa weigert sich, die Leiche des erschossenen Engländers Benton herauszugeben.

* Die innerpolitische Krisis in Japan dauert an.

Deutsche Instruktoren für Paraguay.

Dem Beispiel Argentiniens und Boliviens, ihre Armeen durch deutsche Instrukteure reorganisieren zu lassen, ist jetzt auch die Republik Paraguay gefolgt.

In aller Stille haben diplomatische Verhandlungen zwischen dem deutschen Auswärtigen Amt und der Republik stattgefunden. Diese Verhandlungen sind jetzt zum Abschluß gelangt, und sieben deutsche Offiziere haben sich bereit erklärt, die Mission in Paraguay zu übernehmen, nämlich folgende Herren: Als Führer Hauptmann Freiherr v. Schleinitz vom Infanterieregiment Nr. 87, Hauptmann Fürbringer vom Feldartillerieregiment Nr. 62, Oberleutnant Kremmel vom Feldartillerieregiment Nr. 65, Oberleutnant v. d. Decken vom sächsischen Grenadierregiment Nr. 101, Oberleutnant Irmer vom Dragonerregiment Nr. 22, Oberleutnant Beyer von der zweiten Festungsinspektion Kiel und Oberleutnant Bergold von der Maschinengewehrabteilung Nr. 3. Es soll außerdem noch ein Kavallerist hinzutreten, der aber noch nicht bestimmt ist.

Die Mission ist in Berlin zusammengetreten. Die Offiziere haben ihren Abschied aus dem deutschen Heere erhalten und sind nun im Dienste der Republik Paraguay. Die Ausreise der Militärmission wird bereits am 4. März an Bord des Lloyddampfers „Sierra Ventana" von Bremerhaven aus stattfinden.

Ferner wird uns von einem Kenner des Landes geschrieben:

Nach den letzten aus Paraguay eingetroffenen Berichten scheint sich das Land unter dem jetzigen Präsidenten Eduard Schärer (der deutschschweizerischer Abstammung ist) günstig zu entwickeln. Was dem Lande not tut, ist Ruhe. Die verschiedenen politischen Parteien sollten endlich einmal diese Wahrheit einsehen und die ewigen Streitigkeiten unter sich, die dann später gewöhnlich zu Aufständen und Revolutionen führen, unterlassen. Vielleicht werden auch in Zukunft die Lehren und das Beispiel der deutschen Instruktionsoffiziere, die von der paraguayischen Regierung verpflichtet wurden, beruhigend und erzieherisch einwirken.

Die Aus- und Einfuhr hat sich im verflossenen Jahre (genaue Zahlen liegen noch nicht vor) ganz bedeutend gehoben. Leider ist die Handelsbilanz immer noch passiv, was zur Folge hat, daß das hohe Goldagio fest bleibt, wenn es nicht bei besonderen Anlässen weiter steigt.

Deutschland ist das Land, welches an der Spitze der Einfuhr nach Paraguay steht; bei der Ausfuhr kommt es erst an zweiter Stelle, da Argentinien als Nachbar den ersten Rang einnimmt. Als Exportprodukte von Paraguay kommen hauptsächlich Rohtabak, Rindshäute und Tanin (Quebrachoholzextrakt) in Frage.

Besonders günstig liegen die Verhältnisse für die Viehzucht. Die Liebig-Fleischextrakt-Gesellschaft, welche auch in Paraguay große Besitzungen hat, ist ständiger Abnehmer für das Fleisch, und die Häute haben einen ausgezeichneten Markt in Hamburg und anderen großen Handelsplätzen. Die Ausfuhr von Gefrierfleisch ist noch nicht entwickelt. Die Tabakerzeugung nimmt von Jahr zu Jahr zu. Die Regierung legt besonders großen Wert auf die richtige Klassifizierung der verschiedenen Sorten. Bremen ist dafür der Hauptstapelplatz, und besonders Spanien ist ein guter Abnehmer, da dieses Land infolge des Verlustes seiner Kolonien sich neue Bezugsquellen hat suchen müssen.

In Paraguay leben viele Deutsche, und es gibt eine ganze Anzahl deutscher Schulen, und da unser Handel dahinter von Jahr zu Jahr an Bedeutung zunimmt, kann man nur wünschen, daß das Land sich recht lange der Ruhe erfreuen möge.

Die politische Verlobung.

Das jüngste Moment in der so interessanten, problemreichen Balkangeschichte, die in gewisser Aussicht stehende dynastische Verschwägerung zwischen Griechenland und Rumänien, durch Verlobung des griechischen Kronprinzen mit der rumänischen Königstochter, kann von sehr erheblicher politischer Bedeutung werden. Dann nämlich, wenn es zu einem Zusammenstoß zwischen Griechenland einerseits, der Türkei oder Bulgarien andererseits kommen sollte. In diplomatischen Kabinetten soll man ein derartiges Ereignis für unausbleiblich, weil unabwendbar, halten. Es frage sich nur, wer mit dem Losschlagen den Anfang machen wird. In der Tat hat vor wenigen Tagen auch König Karol von Rumänien dem Vertreter eines russischen Blattes, der ihn um seine Ansicht über die Kriegsgefahr auf dem Balkan befragte, erklärt, ein Zusammenstoß mit Waffen erscheine ihm nur zwischen Griechenland und der Türkei denkbar, denn Rumänien werde weder zulassen, daß Bulgarien für die Türkei, noch daß Serbien für Griechenland aktiv Partei ergreife. Der Bukarester Friede sei unverletzbar. Natürlich, hat er doch Rumänien mühe- und kostenlos in den Besitz mehrerer Tausende an Quadratkilometern fruchtbaren Bodens gebracht. Aber wenn hinter dem Willen, an den Bestimmungen dieses Friedensvertrages nicht rütteln zu lassen, nicht die Macht steht, dem Willen Respekt zu sichern, ist die großrumänische Herrlichkeit schwerlich über jeden Zweifel erhaben. Darum wohl war die Bukarester Regierung nur allzu willfährig, mit dem griechischen Ministerpräsidenten Venizelos bei dessen kürzlichem Besuch in der rumänischen Hauptstadt über einen rumänisch-griechischen Militärvertrag vertraulich zu verhandeln. Ergebnislos sind diese Konferenzen wohl kaum geblieben, vielmehr scheint triftiger Grund zu der Vermutung gegeben, daß die demnächstige Verschwägerung zwischen der griechischen und der rumänischen Königsfamilie eine Besiegelung des — wenn auch vielleicht nicht formell zu Papier gebrachten — Bündnisses zwischen beiden Staaten bedeuten soll. Wenn also der Tag gekommen sein wird, an dem Griechenland von neuem den Kampf um eine Siegespalme beginnt, sei es im Angriff oder in der Abwehr, dann dürfte es von Rumänien mindestens eine wohlwollend-neutrale Haltung zu gewärtigen haben, wahrscheinlich die Erlaubnis zum Durchmarsch griechischer Truppen durch rumänisches Gebiet, während Bulgarien die rumänische Faust auf seinem Nacken spüren und dadurch in etwaiger Aktionslust beengt werden dürfte.

Aus dem sächsischen Landtage.

Die Zweite Kammer des Sächsischen Landtages befaßte sich gestern mit einigen Etat- und Rechenschaftskapiteln. Das Etatkapitel 77a, das sich mit den allgemeinen Ausgaben für den Bergbau beschäftigt, gab den Sozialdemokraten Krause und Trescher Veranlassung, in der bekannten Art an den Staatsbetrieben zu mäkeln. Die Arbeiter würden viel zu gering entlohnt, die Schiedsgerichte seien parteiisch, die Sicherheitsmänner würden nicht gebührend berichtet, die Berginspektoren arbeiteten nicht gründlich genug, und die Regierung sehe alledem stillschweigend zu. Das war so ziemlich der Hauptinhalt ihrer Klage. Die Regierung blieb demgegenüber natürlich nicht stumm. Drei Regierungsvertreter wiesen die Angriffe der sozialdemokratischen Redner zurück, trotz alledem hielten diese ihre Angriffe aufrecht.

Auffällig ist es, daß die Sozialdemokraten im Plenum neuerdings viel mit Einzelmaterial arbeiten, was doch eigentlich in die Deputation gehört. Schon früher ist ihnen das nahe gelegt worden. Wenn sie dem nicht nachkomme, so liegt die Vermutung nahe, daß ihnen mit einer sachgemäßen Verhandlung der Dinge in der Deputation nicht gedient ist, dagegen lediglich ihre Klagen im Plenum, das heißt, zum Fenster hinaus vortragen wollen. Eine Rüge, die der Vizepräsident Opitz dem Abg. Krause erteilt hatte, gab Veranlassung zu einer Geschäftsordnungsdebatte. Der Sozialdemokrat Schulze protestierte gegen die Rüge. Es kam zu längeren Auseinandersetzungen, bis schließlich der nationalliberale Abg. Hettner dartat, daß die ganze Auseinandersetzung geschäftsordnungsmäßig unzulässig sei.

Deutsches Reich.

Berlin. (Prinz zu Wied.) In den Berliner diplomatischen Kreisen bezeichnet man die Unfreundlichkeit, mit der ein Teil der russischen Presse den Besuch des Prinzen zu Wied in Petersburg aufnimmt, als Mache. In den offiziellen Kreisen Rußlands denke man darüber anders, da man recht gut wisse, daß ein Besuch des Prinzen zu Wied am russischen Hofe von vornherein in Aussicht genommen war. Ebensowenig wie dieser Besuch auf besondere Einwirkungen von Berlin aus jetzt erfolge, sei davon die